

Oberhauswahl in Japan: Frisches Mandat für die Regierung oder politischer Stillstand?

Yumi Igarashi und Patrick Köllner

Gut zehn Monate nach dem historischen Machtwechsel in Tokyo entscheiden Japans Wähler in der Oberhauswahl am 11. Juli darüber, ob die Demokratische Partei Japans (DPJ) ihren Reformkurs in den kommenden Jahren fortsetzen kann. Während die angeschlagene DPJ unter ihrem neuen Führer Naoto Kan auf ein frisches Mandat hofft, will die oppositionelle Liberaldemokratische Partei (LDP) ihrem Niedergang bei der Wahl ein Ende setzen. Die Gründung einiger neuer Parteien hat allerdings das Feld der Bewerber deutlich unübersichtlicher gemacht.

Analyse

Dank des jüngsten Wechsels an der Parteispitze könnte die DPJ noch einmal mit einem „blauen Auge“ davonkommen. Möglicherweise wird sich die DPJ aber neue Koalitionspartner suchen müssen. Von der Enttäuschung der Wähler über die ersten Monate der neuen Regierung wird wohl weniger die LDP profitieren als kleinere Parteien, die aus ihr hervorgegangen sind.

- Die Führungsschwäche des vormaligen Premiers Hatoyama, Politikfinanzskandale um Hatoyama und DPJ-Generalsekretär Ozawa sowie das Hickhack um die Verlagerung des US-Militärstützpunktes Futenma auf Okinawa haben zu einem raschen Popularitätsverlust der neuen Regierung geführt.
- Der Abgang Hatoyamas und Ozawas im Juni 2010 und die Wahl Kans zum DPJ-Chef und Premierminister nähren die Hoffnung auf einen Neubeginn. Sollten diese Schritte bei der Oberhauswahl im Juli jedoch keine oder nur wenig Wirkung zeigen, ist ein innerparteilicher Machtkampf unvermeidlich.
- Die Liberaldemokraten haben bisher nicht von der Schwäche der Regierung profitieren können; ein inhaltlicher und personeller Neuaufbruch der LDP ist ausgeblieben und prominente Abgeordnete haben der Partei den Rücken gekehrt.
- Sollte es der DPJ nach der Wahl an einer eigenen Mehrheit im Oberhaus mangeln, bedarf es weiterhin einer Koalitionsregierung, die allerdings anders aussehen könnte als die alte. Dies birgt Potenziale für eine größere inhaltliche Kohärenz der Regierungspolitik.

Schlagwörter: *Japan, Regierung, Oberhauswahl, DPJ, LDP, Naoto Kan*

1. DPJ und LDP im Spiegel der Zustimmung der Wähler

Gut zehn Monate nach dem historischen Machtwechsel von der LDP zur DPJ steht mit der Oberhauswahl am 11. Juli 2010 ein weiterer wichtiger politischer Termin in Japan an. Turnusgemäß wird die Hälfte der Abgeordneten der zweiten Kammer des Parlaments, in dem die DPJ zusammen mit der Neuen Volkspartei (NVP) über eine knappe Mehrheit verfügt, neu bestimmt. Die Oberhauswahl ist sowohl für die Demokraten wie auch für die Liberaldemokraten von großer Bedeutung. Für die DPJ würde ein Sieg stabile Regierungsverhältnisse in den nächsten Jahren bedeuten, während für die LDP ein gutes Abschneiden die Grundlage für eine zukünftige Rückkehr an die Regierung legen könnte.

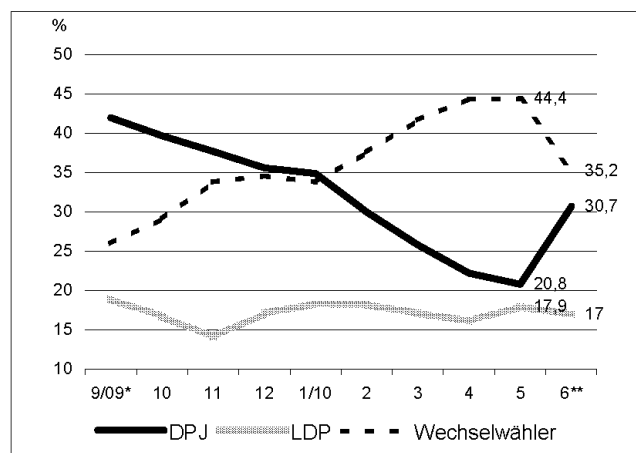
Die Umfrageergebnisse der vergangenen Monate sind für beide Parteien jedoch ernüchternd: Die DPJ hat seit ihrer Machtübernahme konstant an Zustimmung verloren, wovon die LDP allerdings kaum profitieren konnte. Deutlich gestiegen ist vor allem der Anteil nicht parteigebundener Wähler (Wechselwähler). Regierungschef Yukio Hatoyama, dessen Zustimmungsrate von 72 Prozent zum Zeitpunkt der Amtsübernahme auf 21 Prozent im Mai 2010 gefallen war, trat Anfang Juni vom seinem Amt zurück, um die Wahlausichten der DPJ nicht weiter zu schmälern. Eine Blitzumfrage zeigte, dass die Zustimmung zur DPJ infolge des Rücktritts Hatoyamas – wie auch des gleichzeitigen, von Hatoyama erzwungenen Rücktritts von DPJ-Generalsekretär Ichirō Ozawa – wieder um etwa zehn Prozentpunkte angestiegen ist. Die Zustimmungsrate zur LDP verharrte unterdessen auf niedrigem Niveau (siehe Abbildung 1). Viele Wähler haben offenbar ihr Vertrauen in die beiden großen Parteien verloren. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden die Entwicklung der DPJ und der LDP seit dem Machtwechsel im Jahr 2009 beleuchtet.

2. Die DPJ in der Regierung

Bei der Oberhauswahl im Jahr 2007 war es der DPJ gelungen, stärkste Fraktion in der zweiten Kammer des Parlaments zu werden (vgl. Köllner 2007). Zwei Jahre später folgte ein noch größerer Triumph: die DPJ gewann bei der Unterhauswahl 308 der 480 Sitze und somit eine absolute Mehrheit.

Zusammen mit ihren beiden kleinen Koalitionspartnern, der NVP und der Sozialdemokratischen Partei (SDP), die eine Mehrheit auch im Oberhaus garantierten, bildete die DPJ eine neue Regierung unter Premierminister Hatoyama. Der Erdrutschsieg der DPJ war jedoch nicht in erster Linie auf die Kompetenz zurückzuführen, welche die Wähler der Partei zusprachen, sondern stellte vielmehr ein Misstrauensvotum gegenüber der beinahe 50 Jahre lang ununterbrochen regierenden LDP dar (vgl. Köllner 2009). Vor diesem Hintergrund war die DPJ-geführte Regierung darauf angewiesen, der Bevölkerung schnell, aber glaubwürdig ihre Fähigkeit zu grundlegenden Veränderungen zu demonstrieren.

Abbildung 1: Parteizustimmung 9/2009-6/2010



Anm.: * Ergebnis der Blitzumfrage am Tag der Wahl von Hatoyama zum Premier (16.9.2009); ** Ergebnis der Blitzumfrage am Tag der Wahl von Kan zum Premier (4.6.2010).

Quelle: NHK 2010.

Die neue Regierung brachte rasch eine Reihe von Reformen des exekutiven Entscheidungsprozesses auf den Weg, die zu mehr Transparenz und Effektivität des Regierens beitragen sollten. So erhöhte die neue Regierung die Zahl der in den Ministerien tätigen Abgeordneten (Minister, Vizeminister und parlamentarische Staatssekretäre) von bis dato 70 auf 100 und schaffte zudem die Runde der beamteten Staatssekretäre ab, die bis dahin Kabinettsentscheidungen bis ins Kleinste vorbereitet hatte. Die von der DPJ angestrebte Verlagerung der realen Entscheidungsgewalt weg von der Ministerialbürokratie sowie eng mit Sektoralinteressen verflochtenen innerparteilichen Gremi-

en hin zum Kabinett wurde zudem institutionell unterfüttert durch die Schaffung eines neuen exekutiven Leitungsorgans (sog. Büro für Nationale Strategien). Das damit verbundene Portfolio übernahm der ehemalige Parteivorsitzende Naoto Kan, was der nationalen Bürokratie signalisieren sollte, dass es die neue Regierung ernst mit ihren institutionellen Reformen meinte. Kans zunächst wichtigste Aufgabe bestand darin, dem Finanzministerium die Kontrolle über das Budget zu entziehen – was bei dem sofort fälligen Nachtragshaushalt allerdings nur in Ansätzen klappte. Große Aufmerksamkeit fanden die im Fernsehen übertragenen Sitzungen eines neu geschaffenen Regierungsgremiums, dessen Aufgabe darin bestand, unnötige Staatsausgaben aufzudecken, um zu Einsparungen zu gelangen bzw. Mittel für Maßnahmen freizuschöpfeln, die von der Regierung als vorrangig angesehen wurden. Wenn auch dieses Durchforsten des Haushaltes nur einen kleineren Teil der gewünschten Einsparungen erbrachten, erwies sich das Verfahren selbst – vor allem die damit verbundene Rechtfertigungspflicht der zuständigen Beamten – als populär.

Demgegenüber lieferte die wenig transparente Rolle des DPJ-Generalsekretärs Ichirō Ozawa, der sich wiederholt in Regierungsentscheidungen einmischte, Diskussionsstoff. Die DPJ musste sich den Vorwurf gefallen lassen, zwar die parallelen Entscheidungsstrukturen in Regierung und Partei, die das Regieren unter der LDP gekennzeichnet hatten, aufgelöst, dafür aber durch Ozawas machtvolle Stellung eine neue duale Entscheidungsstruktur geschaffen zu haben. Die angestrebte Zentralisierung der exekutiven Entscheidungsstrukturen, einschließlich eines mit einer Stimme sprechenden Kabinetts, wurde zudem wiederholt durch widersprüchliche Aussagen von Kabinettsmitgliedern zu zentralen politischen Fragen unterlaufen. Derartige Probleme stellten die Führungsfähigkeiten von Premier Hatoyama infrage, dem es weder gelang, DPJ-Generalsekretär Ozawa noch die Führer der beiden Koalitionspartner, Shizuka Kamei (NVP) und Mizuho Fukushima (SDP), auf Linie zu bringen. Während der DPJ zugestimmt werden kann, zentrale institutionelle Reformen des Regierungssystems auf die Bahn gebracht zu haben, erweckte das Kabinett Hatoyama nur begrenzt den Eindruck, alles im Griff zu haben. Vom Idealbild einer effektiven und voll rechenschaftspflichtigen Exekutive zeigte sich die Regierung in den ersten neun Monaten ih-

rer Amtszeit um einiges entfernt, zumal auch im Bereich der substanziellen Politik nicht eben alles nach Plan lief. So können insbesondere die bisherigen Leistungen der Regierung in finanz- sowie in sicherheitspolitischer Hinsicht kaum als Erfolg bezeichnet werden.

Dem Wahlprogramm der DPJ zufolge soll ein Zielwechsel der öffentlichen Ausgaben weg von Bauprojekten hin zur Unterstützung des Konsums der Bürger erfolgen. Zu den bisherigen diesbezüglichen Schritten gehören die staatliche Übernahme von Oberschulgebühren ab April 2010 (bei öffentlichen Schulen 118.000 Yen/ca. 1.075 EUR pro Jahr) sowie die Einführung eines ebenfalls vom Einkommen unabhängigen Kindergeldes ab Juni 2010 (13.000 Yen/ca. 120 EUR pro Monat). Des Weiteren startete im April 2010 der Testlauf für ein neues Subventionssystem für landwirtschaftliche Haushalte.¹ Innerjapanische Kritiker der wachsenden Sozialausgaben geißeln diese als ungenaues „Verstreuen“ von Steuereinnahmen. In jedem Fall unterscheiden sich die von der DPJ favorisierten direkten Investitionen in Haushalte vom Ansatz der LDP, der im Durchschnitt eher niedrige Steuern mit massiven Investitionen in Infrastrukturprojekte kombinierte. Dieser Richtungswechsel hat in Japan durchaus auch positive Resonanz gefunden (siehe etwa Itō 2009), ist aber nicht unproblematisch. So sind die Einnahmequellen, aus denen die Politik finanziert wird, aus verschiedenen Gründen eingeschränkt: Erstens hat die DPJ versprochen, die Umsatzsteuer (derzeit 5 Prozent) in den nächsten vier Jahren nicht zu erhöhen. Zweitens versprach sie, neue Staatsanleihen nicht über bestehende begrenzende Vorgaben anwachsen zu lassen. Drittens schließlich schrumpfen die Steuereinnahmen angesichts der jüngsten globalen Krise.

Wie erwähnt sollten durch das Streichen „überflüssiger“ Ausgaben Einnahmequellen für die geplanten neuen Sozialausgaben sichergestellt werden. Die erste Streichrunde im November 2009 erbrachte jedoch eine weitaus kleinere Sparsumme als vorgesehen; lediglich 9 Mrd. statt der anvisierten 63 Mrd. EUR konnten eingespart werden. Infolgedessen stieg die Gesamtsumme der budgetierten neuen Staatsanleihen im Fiskaljahr 2010 auf knapp 400 Milliarden EUR und umfasst somit

¹ Dabei wird die Differenz zwischen Produktionskosten und Marktpreis landwirtschaftlicher Erzeugnisse vom Staat ausgeglichen. Das System soll voraussichtlich im Jahr 2011 regulär in Kraft treten.

fast 50 Prozent des Staatshaushaltes. Zwar wurde die Obergrenze der Neuverschuldung wie versprochen eingehalten, doch fallen die geschätzten Steuereinnahmen mit umgerechnet 334 Mrd. EUR niedriger aus als die neuen Staatsanleihen. Dies bedeutet wiederum, dass die hohe Bruttoverschuldung Japans weiter steigt: Ende 2010 wird bereits ein kumulierter Schuldenstand in Höhe von ca. 8,5 Billionen EUR erwartet, was 1,97-mal dem Bruttoinlandsprodukt Japans entsprechen würde. Die Sparquote ist in Japan traditionell sehr hoch, weswegen rund 90 Prozent aller japanischen Staatsanleihen in inländischen Händen liegen (davon mehr als 50 Prozent bei Privathaushalten). Allerdings wird in Zukunft angesichts demografischer Verschiebungen ein Rückgang der Sparquote im Privatsektor erwartet. Rating-Agenturen haben bereits die japanische Regierung vor einer Herabstufung japanischer Staatsanleihen gewarnt, sollte die Regierung keine effektiven Maßnahmen gegen die massive Verschuldung ergreifen.

In sicherheitspolitischer Hinsicht sorgte vor allem der misslungene Umgang mit der Frage der Verlagerung des US-Marinefliegerstützpunktes Futenma auf Okinawa für Aufsehen. Warum die neue Regierung diese Frage so prominent auf ihrer Agenda platzierte, bleibt Spekulation. In jedem Fall erwies sich der Fokus auf Futenma als Fehler. Hatoyama setzte sich selbst unter unnötigen Zeit- und Erwartungsdruck – der Premier hatte wiederholt auch eine Verlagerung aus Okinawa nicht ausgeschlossen und eine schnelle Lösung versprochen. Die USA zeigten sich jedoch unnachgiebig, was Alternativen zur im Jahr 1996 beschlossenen Verlagerung nach Henoko (bei Nago, ebenfalls Okinawa) anging. In Nago hielt der Widerstand gegen eine Verlagerung des Stützpunktes dorthin an und eine Verlagerung in eine andere Präfektur Japans stieß ebenfalls auf lokalen Widerstand (vgl. Sakaeda und Igarashi 2010).

Der Regierung gingen in der Folge immer mehr die Optionen aus. Indes waren große Erwartungen in Okinawa geweckt worden, die Ende Mai durch die Entscheidung, im Wesentlichen an der ursprünglich geplanten Verlagerung nach Henoko festzuhalten, schwer enttäuscht wurden. Premier Hatoyama musste sich den Vorwurf des Wortbruchs gefallen lassen und auch die US-amerikanisch-japanischen Sicherheitsbeziehungen hatten angesichts des Hin und Her und der damit aufgeworfenen Frage nach der Bündnisloyalität Japans Schaden genommen. Das Futenma-Deba-

kel kostete die Glaubwürdigkeit des Premiers, bewirkte den Regierungsaustritt der Sozialdemokraten – die SDP hatte sich für eine Verlagerung aus Okinawa eingesetzt – und mündete am 2. Juni im Rücktritt Hatoyamas als Regierungschef und Parteivorsitzender.

Auf Hatoyamas Geheiß hin schied auch DPJ-Generalsekretär Ozawa, der – ebenso wie Hatoyama selbst – wegen Unregelmäßigkeiten bei der Finanzierung politischer Aktivitäten für negative Schlagzeilen gesorgt hatte, aus dem Amt. Die 422 Parlamentarier der DPJ bestimmten mit großer Mehrheit den bisherigen Vizepremierminister und Finanzminister Naoto Kan zum neuen Parteivorsitzenden. Kan wurde anschließend im Parlament zum Premierminister gewählt. In Japan traf die Wahl des fünften Premiers in weniger als vier Jahren auf große Zustimmung, da Kan – anders als seine vier Vorgänger – nicht Nachfahre eines ehemaligen Regierungschefs ist. Kan entstammt vielmehr „normalen“ Verhältnissen und hatte vor seiner Wahl in das Unterhaus im Jahr 1980 – damals noch als Repräsentant einer kleinen sozialdemokratischen Gruppierung – in Bürgerbewegungen mitgewirkt. Prominenz erlangte Kan im Jahr 1996 als Minister für Gesundheit und Wohlfahrt, als er gegen Widerstand aus dem eigenen Ministerium schonungslos einen Skandal um HIV-verseuchte Blutkonserven aufdeckte und sich bei den Opfern entschuldigte. Im selben Jahr gründete Kan zusammen mit Hatoyama die DPJ, der er auch zweimal als Vorsitzender vorstand. Trotz zwischenzeitlicher Rückschläge erfreut sich Kan relativ großer Popularität in der Bevölkerung aufgrund seines bürgernahen Images. Zuspruch erhielt Kan auch jüngst für seine Entscheidung, zentrale Positionen in Partei und Regierung mit bekannten Kritikern Ozawas zu besetzen.² Kan entschied zudem, das von der NVP gewünschte Zurückdrehen der Postprivatisierung nicht mehr vor der Wahl im Parlament diskutieren zu lassen.³ Kans Amtsantritt ließ die Zustimmungswerte für die DPJ nach oben schnellen. Angesichts des ersten Schwungs, der vom neuen Kabinett ausgeht, darf die Partei wieder auf ein respektables Ergebnis bei der Oberhauswahl hoffen.

² Zum LDP-Generalsekretär und zum Chefkabinettssekretär wurden Yukio Edano beziehungsweise Yoshito Sengoku ernannt, die beide dem linksliberalen Flügel der DPJ zugerechnet werden können.

³ Aus Protest trat der zuständige Minister Shizuka Kamei zurück. Die NVP verblieb jedoch in der Regierung und stellte auch einen Nachfolger im Kabinett.

3. Die LDP in der Opposition

Der Ausgang der Unterhauswahl im Jahr 2009 kann als Abrechnung der Wähler mit der LDP verstanden werden, die sich bereits in den 1990er Jahren in programmatischer und personeller Hinsicht aufgezehrt präsentiert hatte. Japans Ausnahme-Premier der letzten Jahre, Jun'ichirō Koizumi (2001-2006), verhalf dann der LDP noch einmal zu einem Hoch, bevor die Misere der LDP wieder sichtbar wurde. Das mehrheitsorientierte Wahlsystem des Unterhauses ließ die Niederlage im Jahr 2009 erdrutschartige Formen annehmen (vgl. Köllner 2009). Die deutliche Quittung, welche die Partei im vergangenen Jahr erhielt, macht umfangreiche Reformanstrengungen unabdingbar, wollen die Liberaldemokraten wieder zu ihrer alten Stärke zurückfinden. Bisher deutet indes wenig darauf hin, dass die LDP ihre neue Rolle als Oppositionspartei zur Revitalisierung nutzt.

Nach dem Rücktritt von Tarō Asō wurde am 28. September 2009 ein neuer LDP-Präsident gewählt. Es bewarben sich drei Kandidaten mit unterschiedlichen Profilen: Exfinanzminister Sadakazu Tanigaki (64), der ehemalige Vizejustizminister Tarō Kōno (46) und der frühere parlamentarische Staatssekretär im Außenministerium Yasutoshi Nishimura (46). Während der als inhaltlich versiert geltende Parteiveteran Tanigaki und der junge, noch recht unbekanntere Nishimura von innerparteilichen Machtgruppen (Faktionen) unterstützt wurden, erregte der innerparteilich umstrittene, aber mit bestem Familienhintergrund ausgestattete Kōno – sein Vater Yōhei Kōno hatte ab dem Jahr 1993 die LDP geleitet und wurde später Unterhaussprecher – große Aufmerksamkeit mit der Forderung, das Faktionssystem der LDP abzuschaffen und radikale Parteireformen durchzuführen. Die drei Kandidaten standen damit nicht nur für einen Kampf zwischen älterer und jüngerer Generation, sondern repräsentierten auch traditions- und reformorientierte Kräfte in der Partei.

Das Wahlergebnis sprach für eine Orientierung am Status quo: Tanigaki gewann mit rund 60 Prozent Unterstützung der lokalen Parteidelegierten und der 199 Abgeordneten der LDP. Das Ergebnis war nicht wirklich überraschend, da Tanigaki bereits seit Längerem als Anwärter auf das höchste Parteiamt gegolten hatte und sich nun im Jahr 2009 für viele Delegierte und Parteikollegen als der vergleichsweise akzeptabelste Kandidat ausnahm. Tanigaki ist indes besser für inhaltliche

Kompetenz als für ausgeprägte Führungsqualitäten bekannt. Nach seiner Wahl rief er zwar die Partei zu „drastischen“ Reformen auf, doch weder seine personellen Entscheidungen noch sein Kurs gegenüber der neuen Regierung vermittelten den Eindruck grundlegender Veränderungen. Auch im Rahmen der parlamentarischen Fragestunden konnte er die LDP nicht nachhaltig in die Offensive bringen; innerparteiliche Kritik entzündete sich wiederholt an Tanigakis wenig aggressivem Stil.

Die konservative Parteiorganisation der Liberaldemokraten und der führungsschwache neue Parteipräsident verstärkten in der Folge den seit der Wahlniederlage sichtbaren Trend zur Distanzierung von der LDP. Altgediente Parteiveteranen, mitglieder- und finanzstarke Interessengruppen wie die Japan Medical Association und auch der langjährige Koalitionspartner (1999-2009), die Neue Kōmeitō, kehrten der Partei sukzessive den Rücken.⁴ Seit dem Machtwechsel haben 13 Abgeordnete die LDP verlassen, darunter mit Exarbeitsminister Yōichi Masuzoe ein sehr beliebter LDP-Politiker, der als Anwärter auf die Parteiführung gegolten hatte. Einflussreiche Ex-LDP-Politiker gründeten neue Parteien oder traten kleineren Parteien in führender Funktion bei. Bereits Anfang 2009 hatte der ehemalige Minister für das Finanzwesen Yoshimi Watanabe sein Parteibuch abgegeben und später mit anderen Ex-LDP-Abgeordneten eine neue Partei (Minna no tō, wörtlich: „Jedermanns Partei“, englischer Name: Your Party) gegründet. Your Party konnte bei der Wahl im Jahr 2009 fünf Sitze erringen und damit Fraktionsstatus erlangen. Zwar distanziert sich Your Party ostentativ von der LDP wie auch der DPJ, doch ähnelt ihr Programm mit den drei Hauptaussagen „Entbürokratisierung“, „Dezentralisierung“ und „Unterstützung des Lebens der Bürger“ mehr dem der DPJ. Umfragen zufolge rangiert Watanabes Partei an dritter Stelle hinter DPJ und LDP; ein Mangel an Kandidaten wird es ihr aber schwer machen, bei der Oberhauswahl den großen Durchbruch zu schaffen. Als potenzieller Mehrheitsbeschaffer für die DPJ könnte die Partei jedoch interessant werden. Auffällig ist jedenfalls, dass der als reformorientiert geltende Watanabe

⁴ Zudem hat sich der Mitgliederschwund der LDP fortgesetzt. Offenbar ist die Mitgliederzahl im Jahr 2009 unter eine Million gefallen ist. Im Jahr 1991 wies die LDP noch 5,47 Mio. Mitglieder auf. Seit dem Jahr 1998 ist ein kontinuierlicher Rückgang erfolgt; 2008 wurden offiziell 1,05 Mio. Mitglieder gezählt (*Japan Times* 2010).

nach dem Abgang Ozawas und der Wahl Kans näher an die DPJ herangerückt ist.

Zu den LDP-Renegaten zählen seit April auch Exfinanzminister Kaoru Yosano und der bereits erwähnte Masuzoe, die aus ihrer Unzufriedenheit mit der Parteiführung keinen Hehl machten. Yosano, einer der einflussreichsten Politiker der LDP, gründete eine neue Partei mit dem englischen Namen „Sunrise Party“ (Tachiagare Nippon, wörtlich: „Steh auf, Japan!“). Unterstützt vom Tokyo-ter Gouverneur Shintarō Ishihara hat sich die junge Partei zu einem Auffangbecken für altgediente Konservative entwickelt. Die Partei wird bei der Oberhauswahl maximal eine Handvoll Mandate sammeln und dürfte in die Opposition gehen. Größere Popularität, aber auch nur eine begrenzte Kandidatenbasis kennzeichnen die neue Partei, die Masuzoe nach seinem LDP-Austritt mit zwei anderen aus der LDP ausgetretenen Oberhausabgeordneten unter dem Namen „New Renaissance Party“ (Shintō kaikaku) gründete. Hier ist eine Zusammenarbeit mit der DPJ nach der Oberhauswahl nicht ausgeschlossen. Alternativ könnten sowohl Watanabes als auch Masuzoes Partei versuchen, ihr Profil in der Opposition zu schärfen, um sich – so ihr Anspruch – als dritte Kraft im japanischen Parteiensystem zu etablieren.

Seit dem politischen Machtwechsel im vergangenen Spätsommer und dem nachfolgenden Wechsel an der Spitze der LDP ist Japans langjährige Regierungspartei nur wenig in den Medien des Landes präsent. Dies hat mit der traditionellen Konzentration der Medien auf die Regierung und die Regierungspartei(en) zu tun, aber auch mit der Tatsache, dass sich die LDP vor allem mit sich selbst beschäftigt hat. Trotz ausreichender Gelegenheiten zur Kritik an der Regierung, hat es die LDP nicht vermocht, diese effektiv für sich zu nutzen. Die einzig bemerkenswerte Offensivaktion der LDP bildete Ende Februar ein dreitägiger Boykott der parlamentarischen Haushaltsberatungen aus Protest gegen die Spendenskandale von Spitzenpolitikern der DPJ. Der Boykott fand jedoch weder Unterstützung bei den anderen Oppositionsparteien, noch stieß er auf große Zustimmung in der Öffentlichkeit.

Der Entwurf des Oberhauswahlprogramms der LDP sieht unter anderem eine Reform des Steuersystems – inklusive einer Senkung der Körperschaftsteuer und einer Erhöhung der Umsatzsteuer – sowie eine Zurücknahme des gerade von der DPJ eingeführten Kindergeldes vor. Auf eben

diese Positionen bewegt sich jedoch auch die DPJ unter ihrem neuen Vorsitzenden Kan zu – selbst die für das Jahr 2011 geplante zweite Stufe der Kindergelderhöhung steht inzwischen wegen allgemeiner Sparzwänge zur Disposition. Mithin mangelt es sowohl den Wahlversprechen der LDP wie auch ihrem Schattenkabinett („Next Japan“) an Frische. Shigeru Ishiba, der Vorsitzende des LDP-Ausschusses für politische Angelegenheiten, argumentierte schon Ende 2009, dass die LDP als größte Oppositionspartei in der Lage sein müsse, Widersprüche im Programm der Regierung aufzudecken und selbst realistische und überzeugende Alternativen zu präsentieren (Ishiba 2009: 97). Hiervon ist die LDP jedoch in ihrer gegenwärtigen Verfassung um einiges entfernt. Sollte es der LDP nicht gelingen, bei der Unterhauswahl aus den offen zutage getretenen Schwächen der Regierung Kapital zu schlagen, wird ein erneuter Wechsel an der Spitze der Partei wohl unvermeidlich. Doch selbst ein neuer Vorsitzender wird es schwer haben, der LDP Vitalität zu verleihen, solange in der Partei selbst keine ausreichende Bereitschaft für umfassende Reformen existiert. Die LDP steht damit am Scheideweg. Gelingt es ihr, sich für das 21. Jahrhundert neu zu erfinden, bietet das mehrheitsorientierte Unterhauswahlssystem eine gute Grundlage für eine Rückkehr an die Regierung bei einer der nächsten Wahlen. Gelingt es ihr nicht, könnte die LDP das Schicksal der anderen einstmals dominanten konservativen Partei in einer liberalen Demokratie, der italienischen Democrazia Cristiana, teilen und fortan nur noch für Historiker von Interesse sein.

4. Ausblick

Japans rund 100 Millionen Wahlberechtigte können am 11. Juli darüber urteilen, wie sich die DPJ-geführte Regierung in den vergangenen zehn Monaten eingeführt hat, ob sie Vertrauen in den neuen Premierminister Kan haben und ob der politische Machtwechsel im vergangenen Jahr der Nation allgemein gut getan hat. Trotz einiger vorzeigbarer Ergebnisse haben die Führungsschwäche von Hatoyama, die undurchsichtige Rolle von Ozawa, die Politikfinanzskandale der beiden Spitzenpolitiker und nicht zuletzt der misslungene Umgang mit der Verlagerung des US-Marinefliegerstützpunktes Futenma die neue Regierung in Misskredit gebracht. Es muss sich nun zeigen, ob

der doppelte Wechsel an der Spitze der Regierung und der DPJ gerade noch rechtzeitig gekommen ist, um die Wähler gnädig zu stimmen und die Regierung auch weiterhin mit einer Mehrheit in der zweiten Kammer auszustatten.

Sollte die Regierung ihrer Mehrheit verlustig gehen und nicht in der Lage sein, eine neue Koalition mit eigener Mehrheit in den beiden Kammern des Parlaments zu schmieden, droht eine ähnliche Situation wie zwischen dem Sommer 2007 und Herbst 2009, als die unterschiedlichen Mehrheiten in Unter- und Oberhaus das Regieren schwierig gestaltete und Stillstand die Politik kennzeichnete. Dies wäre angesichts der großen Herausforderungen, nicht zuletzt fiskalischer Art, denen sich Japan gegenüber sieht, fatal. Auch würde ein schlechtes Abschneiden der DPJ bei der Oberhauswahl einem Machtkampf innerhalb der DPJ den Boden bereiten. In der DPJ steht im September eine reguläre Wahl des Parteivorsitzenden an und der gerade entmachtete Ichirō Ozawa liebäugelt damit, erneut die Machtfrage zu stellen. Nur bei einem guten Abschneiden der DPJ bei der Oberhauswahl darf Naoto Kan hoffen, auch längerfristig die Partei zu führen – und damit den Regierungskurs bestimmen zu dürfen.

Wahrscheinlich erscheint in jedem Fall, dass es der DPJ gelingen wird – möglicherweise mittels einer neu zusammengesetzten Regierungskoalition –, beide Häuser des Parlaments zu kontrollieren. Sollte es für die DPJ allein oder in Zusammenarbeit mit der NVP nicht gelingen, bei der kommenden Wahl die Mehrheit im Oberhaus zu verteidigen, werden neue Koalitionsoptionen geprüft werden. Denkbar sind dabei Konstellationen, die eine oder beide der kleinen neueren Parteien um Watanabe und Masuzoe ins Regierungslager brächten. Angesichts der grundsätzlichen Reformorientierung der beiden Parteien muss dies in Bezug auf die substanzielle Politik der Regierung nicht von Nachteil sein. Letztlich wäre sogar eine größere Kohärenz der Regierungspolitik zu erwarten, als dies unter der ursprünglichen Koalition aus DPJ, NVP und SDP der Fall war. Nur wenige wären traurig, wenn nach der SDP auch die NVP mit ihrer Klientelpolitik und dem Fokus auf ein Anliegen (Rücknahme der Postprivatisierung) die Regierungskoalition verlassen würde. Japans Wähler werden bei der Oberhauswahl darüber entscheiden, ob die NVP für die DPJ unverzichtbar bleibt. Die DPJ verfügt allerdings auch noch über eine Option, die bisher nur wenig diskutiert

worden ist: eine Koalition mit der Neuen Kōmeitō, dem ehemaligen Koalitionspartner der LDP. Während eine derartige Konstellation im vergangenen Jahr noch unmöglich war, würde sie sich – so es die Mandatsverteilung hergibt – zukünftig aufdrängen. Die DPJ und die Neue Kōmeitō weisen eine große Schnittfläche in zentralen Politikfeldern auf und eine Zusammenarbeit der beiden Parteien könnte die Regierung auf eine belastbare Grundlage in beiden Häusern des Parlaments stellen. Der Wahlausgang am 11. Juli wird zeigen, welche Konstellationen möglich sind. Zuerst muss der Wähler entscheiden.

Literatur

- Europäische Kommission (2010), AMECO (the annual macro-economic database), online: <http://ec.europa.eu/economy_finance/db_indicators/ameco/index_en.htm> (Aufruf: 05.06.2010).
- Ishiba, Shigeru (2009), Henkyō na nashonarizumu de wa jimintō wa tachinaorenai, in: *Chūō kōron*, 11/2009, 92-99.
- Itō, Mitsuharu (2009), Hatoyama-seiken no keizai seisaku o hyōka suru, in: *Sekai*, 12, 54-70.
- Japan Times* (2010), LDP membership below 1 million?, online: <<http://search.japantimes.co.jp/cgi-bin/nn20100613a8.html>> (Aufruf: 14.06.2010).
- Köllner, Patrick (2007), *Regieren wird schwieriger für Kabinett Abe*, GIGA Focus Asien, 8, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien>.
- Köllner, Patrick (2009), *Erdrutschsieg der Opposition in Japan: Hintergründe und Perspektiven*, GIGA Focus Asien, 9, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien>.
- NHK (Japan Broadcasting Corporation) (2010), Seiji ishiki gesturei chōsa, online: <http://www.nhk.or.jp/bunken/research/yoron/seijiishiki/list_seijiishiki1.html> (Aufruf: 17.05.2010).
- Sakaeda, Ryoma und Yumi Igarasahi (2010), *Das US-amerikanisch-japanische Bündnis auf dem Prüfstand? Das Problem der US-Militärbasen auf Okinawa unter der Regierung Hatoyama*, GIGA Focus Asien, 3, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien>.

■ Die Autoren

Yumi Igarashi, B.A., hat u.a. an der Universität Hamburg Politik- und Wirtschaftswissenschaften studiert und ist seit dem Jahr 2010 Forschungsassistentin am GIGA Institut für Asien-Studien.

E-Mail: <igarashi@giga-hamburg.de>

PD Dr. Patrick Köllner ist amtierender Direktor des GIGA Instituts für Asien-Studien.

E-Mail: <koellner@giga-hamburg.de>; Website: <<http://staff.giga-hamburg.de/koellner>>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Der GIGA-Forschungsschwerpunkt 1 (Legitimität und Effizienz politischer Systeme) hat sich seit seiner Gründung im Jahr 2005 mit Parteien und Wahlen in der außereuropäischen Welt beschäftigt und mehrere Drittmittelprojekte hierzu durchgeführt.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Köllner, Patrick (2010), *From Would-be 'Third Force' to Governing Party: The Democratic Party of Japan*, in: Ronald J. Hrebenar und Akira Nakamura (Hrsg.), *Parties and Politics in Contemporary Japan: The Post Koizumi Era*, Boulder: Lynne Rienner Publishers (i.E.).

Köllner, Patrick (2010), *The Democratic Party of Japan: Development, Organization and Programmatic Profile*, in: Alisa Gaunder (Hrsg.), *The Routledge Handbook of Japanese Politics*, London und New York: Routledge (i.E.).

Köllner, Patrick (2009), *Japanese Lower House Campaigns in Transition: Manifest Changes or Fleeting Fads?*, in: *Journal of East Asian Studies*, 9, 1, 121-149.

Köllner, Patrick (2008), *10 Jahre DPJ: Von der „dritten Kraft“ zur Regierungspartei?*, in: *Japan aktuell – Journal of Current Japanese Affairs*, 16, 2, 75-92.

Köllner, Patrick (2007), *Wahlkampf in Japan: Neue Taktiken gelangen ins Blickfeld*, GIGA Focus Asien, 3, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien>.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Asien wird vom GIGA Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht.

Redaktion: Andreas Ufen; Gesamtverantwortliche der Reihe: Hanspeter Mattes und André Bank; Lektorat: Kerstin Labusga; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Asien-Studien

IMPRESSUM